



ORDEN POUR LE MÉRITE
FÜR WISSENSCHAFTEN UND KÜNSTE

Übergabe des Ordenszeichens durch den Ordenskanzler
HANS GEORG ZACHAU an

HERBERT GIERSCH

bei der öffentlichen Sitzung im Festsaal des Berliner
Rathauses am 2. Juni 1992

THEODOR ESCHENBURG sprach die Laudatio auf HERBERT GIERSCH:

Herr Bundespräsident,
meine Damen und Herren!

Sie, verehrter Herr Giersch, sind in anderthalb Jahrhunderten des
Kapitels der sechste Nationalökonom;

19 Jahre nach der Gründung, 1861, noch als Kameralist
bezeichnet, Friedrich Benedikt Wilhelm von Hermann;
31 Jahre nach dessen Tod, 1899, Gustav von Schmoller;
1918 Georg Friedrich Knapp,
1956 Luigi Einaudi,
1977 Friedrich August von Hayek.

In der Weimarer Zeit von 1922 — 1933 nicht ein einziger National-
ökonom.

Ihr Habilitationsvortrag 1950 beginnt mit einem Zitat von Werner
Sombart aus dem Jahre 1909: »Wer glaubt denn außerhalb unseres
Kreises noch an nationalökonomisches Wissen?« Nicht wenige aus
den Reihen der klassischen Disziplinen verachteten den Eindring-
ling. Das üble Wort »Schmalspur-Jurisprudenz« grassierte. Diese
Diffamierung hörte in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre auf.
Über Ihr Studium nach dem Zweiten Weltkrieg schreiben Sie: »Mit
einer einzigen Ausnahme waren die Vorlesungen der Volkswirt-
schaftslehre auf Geschichte und Ideengeschichte ausgerichtet ...
Anstatt sich mit der gegenwärtigen oder künftigen Entwicklung zu
beschäftigen, hinkten die Professoren dem Geschehen etwa um ein
halbes Jahrhundert hinterher, und die sie, wenn überhaupt, Beant-
wortenden waren nicht jene, die ich faszinierend gefunden hätte.
Von diesem Augenblick an war ich auf der Suche nach einer politi-
schen Ökonomien genauer nach einer Form der Volkswirtschafts-
lehre, die im Dienst der Wirtschaftspolitik genutzt werden könnte.«
Sie berichten von »Ihrem ungläubigen Staunen über die Reaktion
der Regierung auf Arbeitslosigkeit und Armut sowie von der Angst

der Leute vor dem erneuten Ausbruch der Inflation ... Gibt es da keine akademische Disziplin, die eine Antwort bereitstellt, keinen Gelehrten, der sich in der Öffentlichkeit äußert?« Sie meinen: »Die akademische Disziplin der Volkswirtschaftslehre« und »den Berufsstand der Volkswirtschaftler in der Öffentlichkeit«. Sie sprechen vom »public economist«, einem »Anwalt des öffentlichen Interesses im Getriebe einer Volkswirtschaft«.

Ihr französischer Kollege Edouard Malinvaud sagt in seiner Laudatio: »Giersch vergaß nie die Gründe, die ihn dazu gebracht haben, Volkswirtschaftler zu werden, um vor allem seinen Mitbürgern zu helfen, bessere Antworten auf die Herausforderung durch ökonomische Schwierigkeiten zu finden.« Ihnen kam es darauf an, daß bei politischen Entscheidungen die ökonomische Ratio nicht verdrängt wird, vielmehr überhaupt in den Köpfen der Politiker Platz findet. In erster Linie sollen Mitgliedern der handelnden Regierung mit dem ihnen inhärenten Machtstreben, die auf Wiederwahl bedacht, dem Tagesgeschehen verhaftet, dem Parteienstreit ausgesetzt sind, von wirtschaftswissenschaftlichen Ratgebern begründete Entscheidungshilfen, etwas zu tun oder anderes zu unterlassen, angeboten werden.

Der public economist muß es auf Herausforderung ankommen lassen. Deshalb ist Unabhängigkeit in jeder Beziehung, von Interessengruppen und Unternehmen, von politischen Parteien und Regierungspolitikern, eine unabdingbare Voraussetzung. Er kann nicht wirtschaftliche Entscheidungen beeinflussen, ohne an die Öffentlichkeit zu gehen. Seine wissenschaftlich begründete »normative Grundhaltung«, Basis seiner Bewertung, hat er bekanntzumachen. Diese Ihre Maximen haben Sie in Wort und Schrift nicht nur vertreten, sondern haben sie in Ihrer Praxis strikt eingehalten. »Weshalb sollte«, schreiben Sie, »ein Volkswirtschaftler auch davor zurückschrecken, in dem spärlich bevölkerten Feld zwischen der reinen Volkswirtschaftslehre und ihrem Elfenbeinturm einerseits und dem Schlachtfeld praktischer Politik andererseits, Einfluß zu gewinnen?« Regierungsmitglieder, die über ökonomische Ratio verfügen und diese trotz vielfacher und harter Widerstände im Kabinett zur Geltung bringen, wie Ludwig Erhard und Karl Schiller, mit Abstand auch Alex Möller, sind bis heute seltene Erscheinungen geblieben.

Unter der Kanzlerschaft Erhards wurde durch Bundesgesetz der »Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung« 1964 errichtet. Der Rat bestand aus fünf Mitgliedern, Hochschullehrern oder Mitarbeitern von wissenschaftlichen Instituten. Nach dem Gesetz soll er untersuchen, wie »im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung gleichzeitig stabiles Preisniveau, sicherer Beschäftigungsstand und außenwirtschaftliches Gleichgewicht bei stetigem und angemessenem Wachstum gewährleistet

werden kann, soll Fehlentwicklungen und Möglichkeiten ihrer Beseitigung aufzeigen«. Jährlich erstellt er für die Bundesregierung ein Gutachten über die gesamtwirtschaftliche Lage und absehbare Entwicklung, das zu veröffentlichen ist. Der Rat darf keine Empfehlungen geben, kann aber Handlungsalternativen vorlegen. Binnen acht Wochen hat die Bundesregierung im Bundestag Stellung zu nehmen. Der Sachverständigenrat ist nicht ein Gegengewicht der Regierung, wie es das Bundesverfassungsgericht und die Bundesbank sein kann. Er befindet sich auch nicht in der Rolle einer Oppositionspartei, vielmehr ist er eine Einrichtung der Entscheidungsvorbereitung, nicht der Entscheidungsfindung, die allein Sache der Regierung bleibt.

Der Kern des Gutachtens ist die Pflicht der Regierung zur öffentlichen Stellungnahme. Der Rat soll Anreger und Kontrolleur des Regierungshandelns sein. Das ist Sinn und Zweck des Öffentlichkeitsprinzips. Darin liegt eine institutionalisierte Herausforderung. Von der Regierung werden Antworten verlangt, nicht nur Ja oder Nein, lediglich Ankündigung von Ablehnung oder Abweichung, sondern deren Begründung. Entscheidend kommt es auf die Argumentation an, aber sie kann nicht erzwungen werden. Durch ausweichende Erwidierungen kann die Regierung sich der Beweislast entziehen, die Herausforderung einschränken, die Effektivität der Ratsvoten schwächen. Das Öffentlichkeitsprinzip hat zu harten Konflikten, zu teilweise demagogischen, geradezu beleidigenden Entgegnungen geführt.

In dem System von Parteien und Interessengruppen gilt diese unparteiische Institution als ein unbequemer, wenn nicht gar feindseliger Fremdkörper, als ungeliebter Ratgeber, wie die ZEIT schrieb. Wenn der Kampf gegen den Rat zum Teil so ruppig geführt wurde, so aus Furcht vor der Autorität des Sachverständigen.

Das Gesetz konnte nur Rahmenbedingungen für das Wirken der neuen und einzigartigen Institution geben. Die Etablierung war deren Sache. In erster Linie, Herr Giersch, haben Sie als unangefochtener primus supra pares mit Ihrer unerschrockenen »intellectuell leadership«, unbestritten von Anhängern und Gegnern, Ihrem intelligenten und festen Widerstand und Ihrem Pioniergeist versucht, das Gesetz auszuschöpfen und damit dem Rat das Fundament gelegt.

1969 wurden Sie Präsident des Instituts für Weltwirtschaft und Seeverkehr in Kiel und sind es bald zwanzig Jahre geblieben. In Ihrer Antrittsrede haben Sie den Mitarbeitern gesagt: »Sehen wir im Institut für Weltwirtschaft eine Forschungsstätte, die durch Wissen Vorauswissen zu produzieren versucht. *Savoir pour prévoir* — und hinzugefügt die aus Erfahrung skeptische, aber nie aufgegebene Hoffnung: *gouverner c'est prévoir*. Ihr Interesse an und Ihre Aktivität in der Wirtschaftspolitik hat nicht nachgelassen, im Gegenteil,

Sie haben sie um die internationale Dimension erweitert. »Ihnen«, sagt Gerhard Fels, »ist es gelungen, den Ruf des Instituts als Zentrum weltwirtschaftlicher Forschung auszubauen und über die nationalen Grenzen hinaus zur Geltung zu bringen.« Unter Ihrer Leitung ist das Institut mit seinen empirischen Forschungsergebnissen in die Rolle eines wirtschaftspolitischen Ratgebers hineingewachsen. Sie haben vom Elfenbeinturm der Volkswirtschaftslehre gesprochen. Schon bei der Lektüre Ihres Habilitationsvortrages hat man Zweifel, daß dieser eine für Sie passende Behausung war. Was Sie charakterisiert, ist der öffentlich ebenso stets und streng gelehrte wie auf die wirtschaftspolitische Praxis bezogene Ratgeber. Als deutscher Nationalökonom sind Sie weltweit vielbeehrt und hochgeehrt.

Im Namen der Mitglieder heiße ich Sie willkommen. Das Kapitel will Sie ehren und empfindet zugleich Ihre Mitgliedschaft als eine Ehrung. Ich bitte Sie nunmehr die Insignien vom Kanzler entgegenzunehmen.

Herr GIERSCH dankte mit folgenden Worten:

Ich habe mich sehr herzlich zu bedanken für die Wertschätzung, die mir durch die ehrenvolle Aufnahme in den Orden entgegengebracht wurde, und für die Anerkennung, die ich aus Ihren Worten, verehrter Herr Eschenburg, heraushören durfte.

Erwartungsvoll blicke ich auf den Austausch der Gedanken in diesem Kreise. Mehr noch als der multilaterale Handel mit Gütern, der die Arbeitsteilung der Hände bewegt, verspricht der multidisziplinäre Austausch der Gedanken, der die Arbeitsteilung der Köpfe trägt, einen subjektiven Nutzensgewinn für alle, die daran teilhaben; es ist dies unabhängig davon, ob es bei der eigenen Leistungsbilanz einen positiven oder negativen Saldo geben wird.

Mein Wunsch besteht darin, daß von diesem Nutzensgewinn möglichst viel auf vielfältige Weise auch der Allgemeinheit zugute kommt.